



„Der Sieg der Vernunft kann nur der Sieg der Vernünftigen sein.“ Bertolt Brecht



Am 16. Januar 2020 stimmte eine Mehrheit des Lindauer Stadtrates einschließlich der Oberbürgermeisterin Dr. Alfons gegen die Anschaffung von zukünftig elektrischen Batterie-Stadtbussen und stattdessen für jene veraltete, da deutlich klimafeindlichere Antriebstechnik von Diesel-Hybridbussen. Diese Diesel-Hybridbusse seien derzeit für Lindau im Unterhalt um jährlich 200.000 € billiger, so die Begründung. Diese Busse werden aber demnächst wegen Klimaschädlichkeit EU-weit verboten. Da auch damit die offiziellen Klimaschutzziele der Pariser Vereinbarung von 2015 nicht eingehalten werden können, wird derzeit diskutiert, ob die 2019 erhaltene Auszeichnung der Stadt Lindau mit dem European Energy Award in Gold in drei Jahren wieder aberkannt werden soll.

Bauernhöfe können so nicht überleben

Obwohl das Foto nebenan bereits im Sommer 2007 in Lindau-Unterreitnau aufgenommen wurde, drücken die großen Lebensmittelkonzerne die Abnahmepreise für landwirtschaftliche Produkte weiterhin ins bodenlose und ruinieren damit monatlich weitere klein- und mittelbäuerliche Betriebe. Ottmar Ilchmann von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft ABL hierzu: „Freilich zwingt der Hartz-IV-Satz - unter fünf Euro pro Tag - Menschen, Lebensmittel zu kaufen, die weder nachhaltig noch fair produziert sind. Die Landwirtschaft ist kein Sozialamt. Es kann nicht sein, dass uns abverlangt wird, quasi umsonst zu arbeiten, um Menschen mit Hartz IV, kleinen Renten und Niedriglöhnen zu ernähren. Da muss nachgesteuert werden. Der Mindestlohn, die Renten und der Hartz-IV-Satz müssen angehoben werden, Im ganzen System herrscht Ungerechtigkeit in der Verteilung. Die Eigentümer von Lidl und Aldi oder der Schlachtbaron Tönnies haben nur arbeiten lassen, sind aber Milliardäre.“ **Kein EU-Mercosur-Abkommen zugunsten der „Global Player“!**



Arbeitsplatzvernichtung im Continental-Konzern

Der Konzernvorstand von Continental will im Rahmen seines jüngst verkündeten „Großumbau- und Sparprogramms“ bis Ende dieses Jahrzehnts konzernweit rund 30.000 Arbeitsplätze abbauen (vernichten), davon rund 13.000 in Deutschland. Dazu gehört auch die Schließung ganzer Werke. Hiergegen regt sich bundesweit unter dem Motto „Jetzt gibt's Contra“ Widerstand durch Betriebsratsmitglieder, Gewerkschaften und gewerkschaftliche Vertrauensleute. Kontaktmöglichkeiten hierzu sind:

rico.irmischer@igmetall.de; anne.karras@igmetall.de; und www.labournet.de;

Im Januar 2021 begann die diesjährige Tarifrunde der Lohn- und Gehaltsabhängigen in der deutschen Metall- und Elektroindustrie und deren Industriegewerkschaft Metall für einen Tarifvertrag, welcher den Erhalt sowie die Verbesserung der bisherigen Arbeitsbedingungen sowie der Entlohnung garantiert. Solidarität mit den kämpfenden KollegInnen wird auch von außerhalb notwendig werden.



**Freiheit für den Wikileaks-Gründer Julian Assange, jetzt!
Freiheit für die kurdisch-türkische Abgeordnete Leyla Güven!**

Amazon will sich weiter ausbreiten



Im Spätherbst 2020 wurde bekannt, dass der Internetkonzern Amazon beim Flughafen in Memmingen auf einer Fläche von 30.000 m² ein weiteres Verteilzentrum errichten will. Die Fläche gehört einer Gesellschaft u.a. der Landkreise und kreisfreien Städte des Allgäus, darunter auch der Landkreis Lindau mit einem 200.000 €-Anteil. Anfang Februar 2021 sollte entschieden werden. Unter Beifall erklärte Landrat Elmar Stegmann in der Kreistagssitzung vom 10. Dezember 2020, dass er diesen Plänen von Amazon nicht zustimmen werde. Die LINKE im Landkreis Lindau begrüßt **MdB Susanne Ferschl** dies. Ihre diesbezüglich weitergehende Forderung vom März 2020 lautet weiterhin: „Der Landkreis Lindau kündigt umgehend seine finanzielle 200.000-Euro-Beteiligung am Gewerbepark auf dem Memminger Flughafengelände und verwendet die so frei werdenden Gelder für den ÖPNV im Landkreis.“

Seit langem ist Amazon u.a. dafür bekannt, dass der Großteil der dortigen Arbeitsplätze nicht fair bezahlt werden und die täglichen Arbeitsbedingungen von Dauerstress gezeichnet sind. Um dies gegenüber den dort arbeitenden Menschen weiterhin durchsetzen zu können, werden für die Leitungsfunktionen immer mehr ehemalige Militärs eingestellt. Susanne Ferschl, die Allgäu-Bundestagsabgeordnete der LINKEN, erklärte hierzu Mitte Dezember 2020:

"Es passt nur allzu gut ins Bild von Kontrolle und Macht, wenn Amazon ausgediente Militaristen als Manager sucht. Drill und Überwachung gehören zum Geschäftsmodell des Multis. Die Beschäftigten lehnen sich dagegen auf und streiken zu Recht für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Die mickrige Prämie von 400 Euro ist Amazons Reaktion auf diese Kämpfe aber nicht mehr als ein feuchter Händedruck, denn die Beschäftigten arbeiten seit Jahren zu Niedriglöhnen. Amazon geht es um Macht - um gewerkschaftsfreie Zonen ohne Tarifvertrag. Gerade deshalb braucht es in dieser Auseinandersetzung breite zivilgesellschaftliche Unterstützung, wie sie aktuell die Kampagne "Weihnachten ohne Amazon" vorschlägt."

Ähnlich wie die zunehmende Zerstörung des Einzelhandels in den Städten durch Amazon, Alibaba und weitere 40 Räuber, zerstören die Arbeitsbedingungen beim Onlineversandhändler die Gesundheit der Beschäftigten. Dagegen streiken Teile der Belegschaften in Deutschland immer wieder. Die Streikkoordination wird u.a. über die Plattform www.ver.di/amazon.de koordiniert.

Die LINKE empfiehlt auch hierzu den Einkauf im Einzelhandel vor Ort, welcher auch online möglich ist. Darüber hinaus fordert die Linke schon lange die Sozialisierung aller Internetriesen wie Amazon, Google, etc. unter demokratischer öffentlich rechtlicher Kontrolle.



Keinen neuen Großparkplatz in Lindau-Zech

Kein Auffangparkplatz auf dem Zecher Hartplatz! Nahe am Wohngebiet und mitten in den Sportanlagen hat ein Parkplatz für Dauerparker und Wohnmobile keine Berechtigung, zumal die Stadt noch eine Zufahrtsstraße dafür plant. Die "Gäste" nutzen das „Navi“ und werden direkt nach der Autobahn ins Zech abbiegen. Der Platz hat keinen Abwasserschutz. Öl und Schmutzwasser dringen dann ins Grundwasser. Auch werden die bescheidenen Sanitäranlagen der TSG-Zech einem Ansturm nicht standhalten. Ein Campingplatz im Zech reicht. Die Stadt soll den Platz für weiteren Outdoorsport nutzen.

Kostenlose FFP2-Schutzmasken für alle SozialhilfeempfängerInnen, Flüchtlinge und Hartz-IV-BezieherInnen jetzt!

Die elektronische Patientenakte EPA seit Januar 2021 ist „hochgradig unsicher“ (Bundesdatenschutzbeauftragter Ulrich Kelber). Verweigern Sie Ihrer Krankenkasse die Einrichtung einer EPA für Sie persönlich.
Keine deutschen Militärs in den „indopazifischen“ Raum – Schluss mit der zunehmenden militärischen NATO-Bedrohungspolitik gegen China.